

Stellungnahme des Regierungsrates Eidgenössische Abstimmung

Gegen Stipendien-Initiative

Am 14. Juni gelangt die vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) eingereichte Stipendien-Initiative zur Abstimmung. Der Schaffhauser Regierungsrat erachtet diese Initiative aus sachlichen Gründen als nicht geeignetes Mittel zur Harmonisierung des Stipendienwesens. Der Regierungsrat lehnt somit die Stipendien-Initiative ab und begrüsst das vom Parlament bereits beschlossene Ausbildungsbeitragsgesetz.

Die Kantone organisieren sich selbst: Mit der Erarbeitung einer interkantonalen Vereinbarung (Stipendienkonkordat) 2009 und deren Inkraftsetzung im März 2013 hat die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) die Notwendigkeit der Harmonisierung des Stipendienwesens erkannt und dementsprechend wichtige Schritte eingeleitet. Inzwischen sind dem Konkordat 16 Kantone beigetreten, die zusammen für 70 Prozent der Bevölkerung stehen. Weitere Kantone sollen in Kürze folgen, so auch der Kanton Schaffhausen.

Finanzierung ungeklärt: Laut Initianten verursacht die Initiative Mehrkosten von jährlich rund 500 Millionen Franken alleine für den Tertiärbereich. Zum Vergleich: Heute umfassen die jährlichen nationalen Stipendienausgaben aller Bereiche 316 Millionen Franken plus 18 Millionen Franken für Darlehen. Wer diese massiven Mehrkosten angesichts der angespannten Finanzlage bei Bund und Kantonen tragen soll, lässt die Initiative offen. Wo auch immer die Mehrausgaben anfallen, werden sie zulasten anderer Bildungsbereiche gehen. Benachteiligung der Sekundar-

stufe II: Die Übergabe der Regelungskompetenz im Stipendienwesen von den Kantonen an den Bund ist falsch, weil sie nur den Tertiärbereich (Hochschule und höhere Berufsbildung) betrifft. Gesamtschweizerisch befinden sich 57 Prozent der Bezügerinnen und Bezüger von Ausbildungsbeihilfen in einer Ausbildung auf der Sekundarstufe II (Mittelschulen und Berufslehren). Die Unterstützungsleistungen auf dieser Stufe umfassen 46 Prozent der gesamten ausbezahlten Stipendienbeträge. Die hohen Mehrkosten für den Tertiärbereich lassen unschwer den Schluss zu, dass die Sekundarstufe II bei diesem Lösungsansatz benachteiligt wird. Der erfolgreiche Abschluss der Sekundarstufe II ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Ausbildung auf der Tertiärstufe. Eine Kompetenzverschiebung ist zudem unnötig, da die Kantone mit der Einführung des Stipendienkonkordats bereits an der Umsetzung einer hinreichenden und umfassenden Harmonisierung arbeiten.

Keine konkreten Lösungen: Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich das politische Engagement der Studierenden für ihr Anliegen. Im Gegensatz zum Stipendienkonkordat zeigt die VSS-Initiative jedoch keine konkreten Lösungen für ein harmonisiertes, alle Stufen umfassendes Stipendienwesen auf.

Situation im Kanton Schaffhausen: Beim Vergleich der durchschnittlichen Stipendien pro Bezüger beziehungs-

weise pro Semester liegt der Kanton Schaffhausen im schweizerischen Mittelfeld. Das Verhältnis von rund 78 000 Einwohnern zu etwa 380 Stipendienge-suchen pro Jahr ergibt sich im Kanton Schaffhausen dadurch, dass einerseits die Nähe zu den Schulorten Zürich und Winterthur ein kostengünstiges Pendeln ermöglicht und andererseits aufgrund entsprechender ökonomischer Verhältnisse vielfach auf Ausbildungsbeihilfe verzichtet wird.

Der Regierungsrat Schaffhausen empfiehlt: Um den Bereich der Sekundarstufe II gegenüber dem Tertiärbereich nicht zu benachteiligen und die Bildungshoheit auf kantonaler Ebene zu stärken, muss die Stipendien-Initiative abgelehnt werden. Damit ist der Weg frei für das vom Parlament bereits beschlossene Ausbildungsbeitragsgesetz.

Als Folge dieses Ausbildungsbeitragsgesetzes sind der Beitritt zum Stipendienkonkordat und eine entsprechende Anpassung der Stipendien-gesetzgebung sinnvoll und zweckmässig, da der Kanton Schaffhausen sonst Gefahr läuft, auf Bundessubventionen verzichten zu müssen. Diese werden bei Ablehnung der Initiative beziehungsweise bei Inkrafttreten des Ausbildungsbeitragsgesetzes an Kantone ausgerichtet, welche die Mindeststandards des Konkordats erfüllen.

Für den Regierungsrat: Christian Amsler, Erziehungsdepartement

Wer diese massiven Mehrkosten ...
tragen soll, lässt
die Initiative offen.